

V0541/25

Funktionierende Notaufnahme für die Ingolstädter Bevölkerung
-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 27.07.2025-

Oberste Priorität für die SPD-Stadtratsfraktion hat eine verlässliche und qualitativ hochwertige klinische Versorgung. Aus diesem Grund stellt die SPD-Stadtratsfraktion folgenden

Antrag:

1. Es wird dargestellt, an wie vielen Tagen vom 1. Januar 2024 bis einschließlich 30. Juni 2025 die Notfallversorgung des Ingolstädter Klinikums bei der Integrierten Leitstelle Ingolstadt abgemeldet war.
2. Es wird dargestellt, wie viele Ingolstädterinnen und Ingolstädter auf Grund dessen nicht in das Ingolstädter Klinikum aufgenommen werden konnten und wie viele Einnahmen dadurch entgangen sind.
3. Die Geschäftsleitung stellt unter TOP 0 des öffentlichen Teils der Stadtratssitzung am 30. Oktober 2025 Maßnahmen vor, wodurch unverzüglich eine verlässliche Notfallversorgung im Ingolstädter Klinikum gewährleistet wird.

Stadtrat	08.10.2025	Entscheidung
----------	------------	--------------

Stadtrat vom 08.10.2025

*Der Antrag der Verwaltung **V658/25** und die Anträge der SPD-Stadtratsfraktion **V0541/25** sowie der CSU-Stadtratsfraktion **V0625/25** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Stadtrat Dr. Böhm ist der Meinung, dass die Notfallversorgung am Klinikum personell und baulich so aufzustellen ist, dass kein Bürger aus Ingolstadt oder der Region mehr abgewiesen werden müsse und beispielsweise nach Regensburg oder Dachau gefahren werde. In Anbetracht der mittelfristigen Schließung der Köschinger Notaufnahme solle sich der Landkreis Eichstätt finanziell entsprechend an einer Umgestaltung beteiligen.

Stadtrat Wittmann schließt sich seinem Vorredner an. Zielsetzung sei, die Notaufnahme infrastrukturell neu zu bauen unter finanzieller Beteiligung insbesondere des Landkreises Eichstätt. Die Mitfinanzierung solle sich nicht nur auf die Investitionen, sondern auch auf den Betrieb erstrecken. Als Schlüssel könne beispielsweise der Anteil der Patienten aus dem Landkreis herangezogen werden. Der Landrat habe hierfür bereits Gesprächsbereitschaft signalisiert, so Stadtrat Wittmann. In Hinblick auf die Schließung der Köschinger Notaufnahme sei die Zusammenarbeit mit dem Landkreis Eichstätt entscheidend, weshalb umgehend Gespräche geführt werden sollten und nicht das Ergebnis des Gutachtens abgewartet werden solle.

Herr Dr. Tiete stellt nachfolgend die im Ratsinformationssystem abrufbare Präsentation zur Notfallversorgung vor. Insofern wird auf weitergehende Ausführungen verzichtet.

Zudem erläutert Herr Bocklet die zusätzlichen personellen Kapazitäten, die bei Schaffung weiterer Kapazitäten innerhalb der ZNA nötig würden sowie die Kosten für die infrastrukturellen Veränderungen.

Stadtrat Witty erkundigt sich bei Herrn Dr. Tiete, was er perspektivisch von Erreichungsgraden, z.B. einer politisch festgelegten maximalen Wartezeit oder maximalen Menge an Abmeldungen halte und wie andere Krankenhäuser damit umgehen.

Herr Dr. Tiete berichtet aus seiner Zeit in München, dass die Probleme dort die gleichen seien. Das Thema der Notfallversorgung sei wegen der fehlenden ambulanten Strukturen überall brisant. Aufgrund langer Wartezeiten bei niedergelassenen Ärzten suchten viele Patienten direkt den Weg ins Krankenhaus. Eine Versorgung ohne jegliche Wartezeit in der Notaufnahme sei aufgrund der hohen Vorhaltekosten wirtschaftlich nicht darstellbar. Er verweist auf das gestufte Versorgungskonzept in Deutschland und die Patientensteuerung über die Rettungsleitstelle, die der Überlastung entgegensteuern sollen.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters versichert er, dass jeder Notfallpatient, der eine unmittelbare akute Versorgung benötigt, auch bei einer „Abmeldung“ der ZNA im Klinikum versorgt werde.

Stadtrat Dr. Späth ist der Überzeugung, dass das deutsche Gesundheitssystem gar nicht so schlecht ist, wie es oft dargestellt wird. Ein wesentliches Problem sei der langsame Wegfall der ambulanten Strukturen. Die Stadt und das Klinikum sollten unbedingt Aufklärung leisten, welche Symptome wirklich ein „Notfall“ seien und wann es ausreiche, einen Hausarzt aufzusuchen. Oft sei das Anspruchsdenken der Gesellschaft zu groß. Ohne Wartezeiten werde eine Notaufnahme nie realistisch funktionieren.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll findet es gut, dass einige Aspekte zur Notaufnahme und zur Abmeldung nun klargestellt wurden. Sie würde es begrüßen, wenn eine entsprechende Kommunikation stetig weitergeführt werde und sofern es im Klinikalltag möglich ist, auch die Patienten vor Ort über mögliche Wartezeiten informiert würden. Sie ist weiter der Meinung, dass die Patientenströme nun innerhalb der Region vernünftig abgearbeitet werden können und erwarte daher gespannt auf die Ergebnisse des vom Rettungszweckverband beauftragten Gutachtens zur Notfallversorgung. Des Weiteren befürworte sie die beschriebenen Sofortmaßnahmen und sei hoffnungsvoll, dass diese funktionieren.

Stadtrat Schäuble stellt fest, dass es nie möglich sein wird, 100 Prozent der Fälle optimal zu versorgen. Es könnten immer Fehler passieren, ob in der Leitstelle oder in der Notaufnahme selbst. Jedoch müsse jedem klar sein, dass die Mitarbeiter dort hervorragende Arbeit leisten – dies nach außen zu kommunizieren sei auch die Aufgabe eines jeden Stadtrates.

Oberbürgermeister Dr. Kern schließt sich seinem Vorredner an. Als Zeichen der Wertschätzung sei er bei der letzten Betriebsversammlung selbst vor Ort gewesen, berichtet er. Was dort tagtäglich geleistet werde, sei aller Ehren wert.

Stadtrat Köstler kritisiert, dass es zu wenig Kommunikation an die Bürgerschaft hinsichtlich der guten Arbeit des Klinikums gebe. Beispielsweise sollten die gezeigten Statistiken zu den Behandlungszahlen oder Wartezeiten veröffentlicht werden. Kein Bürger wisse, wie viel im Klinikum wirklich geleistet werde.

Stadtrat Stachel stellt die Frage in den Raum, ob zwingend der Begriff „Abmeldung“ zu verwenden sei. Auch wenn dies fachlich richtig sei, wirke es auf die Bürger so, als seien die Türen verschlossen und die Klinik „abgesperrt“. Es sei unbedingt notwendig, dies richtig zu kommunizieren.

Herr Dr. Tiete könne die Aussagen von Stadtrat Stachel nachvollziehen. Der Begriff „Abmeldung“ sei der generell gebräuchliche Fachausdruck, man könne jedoch darüber nachdenken, ob sich ein anderer Begriff entwickeln lasse. Er findet es positiv, dass diese Themen heute öffentlich angesprochen und diskutiert werden und negative Ansichten eventuell in der Bevölkerung richtiggestellt werden können. Abschließend dankt er seinem Personal in der ZNA für die hervorragende Arbeit unter schwierigen Bedingungen.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag der Verwaltung genehmigt.